

SEPTEMBER 2015 | WWW.SPD-FRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, der Zustrom von Flüchtlingen in unser Land ist das Thema, welches Politik, Medien und Gesellschaft zur Zeit am intensivsten beschäftigt. Er wird verursacht durch Krieg, Terror und Verfolgung in vielen Teilen der Welt. Unser Land steht damit vor großen Herausforderungen.

Zahlreiche ehrenamtliche Helfer, unsere Kommunen, das Land und auch der Bund haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden zu gewährleisten. Aber es reicht nicht.

Die Bundesrepublik und die Europäische Union müssen hier ihrer Verantwortung gerecht werden. Der Bund muss Länder und Kommunen stärker nachhaltig und strukturell bei der Finanzierung der Aufgabe unterstützen. Europa muss endlich Wege für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Union finden. Hier wird Europa sich als Wertegemeinschaft beweisen müssen.

Niedersachsen und Deutschland sind leistungsfähig. Die mit dem Flüchtlingsstrom einhergehenden Aufgaben werden wir daher meistern. Dazu müssen jedoch alle an einem Strang ziehen. Es muss uns gelingen. Auch, damit rechtes Gedankengut keinen Nährboden findet.



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

HOFFNUNG AUF EIN BESSERES LEBEN

FLÜCHTLINGE suchen Schutz in Niedersachsen

In diesem Jahr werden bis zu 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Über die Situation in Niedersachsen sprachen wir mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Watermann MdL.

TiL: Täglich kommen zahlreiche Flüchtlinge nach Deutschland, in diesem Jahr sollen es bis zu 800.000 sein. Was sind die Gründe für diese hohen Zahlen?

Ulrich Watermann: Deutschland ist sicher und wirtschaftlich absolut stabil. Die Menschen suchen genau deshalb hier bei uns Schutz. In ihrer Heimat werden sie verfolgt, fliehen vor Krieg, Leid und Tod. Hier haben sie die Hoffnung auf ein besseres Leben, auf Arbeit und einen Neuanfang für sich und für ihre Familien.

TiL: Sind das denn wirklich alles Flüchtlinge?

Watermann: Einige kommen vom Balkan, wo ihnen keine Verfolgung droht und deshalb haben sie kaum Chancen auf eine Anerkennung als Asylbewerber. Doch auch sie durchlaufen das Asylverfahren, auch wenn dieses sich einzig und allein an Verfolgte richtet.

TiL: Dies wiederum führt dann zu den langen Bearbeitungszeiten?

Watermann: Ja, auch wenn im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Stellen bereits mehrfach deutlich aufgestockt worden sind. Zudem hat man die Verfahren für Flüchtlinge aus Syrien, z.B. für Jesiden, erheblich verkürzt.

TiL: Ist denn das Asylrecht heute noch richtig ausgestaltet?

Watermann: Grundsätzlich ja: Unser Grundgesetz sieht ein Recht auf Asyl vor. Daneben fordern wir Sozialdemokraten aber schon lange ein Ein-



Innenpolitischer Sprecher
Ulrich Watermann

wanderungsgesetz in Deutschland. Darin sollte endlich geregelt sein, wie man bei entsprechender Eignung ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen, nach Deutschland kommen kann, um hier zu leben und zu arbeiten. Und wie wir alle wissen brauchen wir in vielen Branchen dringend Fachkräfte.

TiL: Dürfen die Flüchtlinge denn überhaupt hier arbeiten?

Watermann: Wer hier als Asylsuchender oder Geduldeter bleiben kann, darf bereits nach drei Monaten arbeiten. Wobei nachgewiesen werden muss, dass kein Deutscher, EU-Ausländer oder bereits anerkannter Flüchtling für diesen Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Nach 15 Monaten Aufenthalt entfällt diese sogenannte Vorrangprüfung.

TiL: Das Problem dürften dabei aber doch häufig die fehlenden Sprachkenntnisse sein.

Watermann: Das ist richtig. Aber die Menschen, die aus den Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen, werden eine lange Zeit bleiben. Die deutsche Sprache ist also der Schlüssel für den Neuanfang.

Deshalb hat der Bund die Mittel für Integrationskurse um weitere 29 Millionen Euro erhöht. Künftig sollen auch Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive solche Kurse besuchen dürfen.

TiL: Aber ohne die große Bereitschaft in der Bevölkerung geht es vielerorts doch gar nicht.

Watermann: In Niedersachsen engagieren sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich, um Flüchtlingen vor Ort zu helfen. Diese Arbeit ist großartig und durch nichts zu ersetzen. Daher finanziert unsere Landesregierung die Aus- und Fortbildung von Integrationslotsen. Wir müssen aber darauf achten, dass wir die ehrenamtlichen Helfer nicht überfordern.

TiL: Welche Maßnahmen hat die Landespolitik bisher unternommen, damit die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge funktioniert?

Watermann: Derzeit gibt es vier Erstaufnahmestellen in Niedersachsen. Mindestens drei weitere sollen entstehen, die erste bereits in diesem Herbst in Oldenburg. Zusätzlich hat die Landesregierung die Kapazitäten der bereits vorhandenen Aufnahmestellen von 1700 auf derzeit 5400 Plätze erhöht. Aber das reicht noch nicht um dem Andrang Herr zu werden. Deshalb hat unser Innenminister Boris Pistorius nun eine Bundesratsinitiative vorgestellt, die die Vorgaben für die Schaffung von neuen Unterkünften erleichtert. So sollen wenigstens zeitweise einige wenige bauliche Standards herabgesetzt werden dürfen, damit wir schneller handeln können. Das ist genau das richtige Zeichen. Die Bundesregierung hat bereits darauf reagiert, was mich sehr freut!

TiL: Vielen Dank für das Gespräch ■

VIEL ERREICHT – NOCH VIEL ZU TUN

Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen wird in der zweiten Hälfte der 17. Wahlperiode weiter daran arbeiten, Niedersachsen zukunfts- fest zu machen.

- Wir machen **Politik für Familien**, indem wir das Bildungsangebot von Kindern weiter verbessern und so die frühkindliche Bildung stärken. Der Ausbau der Ganztagschule, die Abschaffung der Studiengebühren, die Verbesserungen am Arbeitsmarkt oder die Optimierung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum kommen direkt Familien zu Gute.
- Wir werden weiter an einem **sozial gerechten Niedersachsen** arbeiten, indem wir beispielsweise das Behindertengleichstellungsgesetz novellieren und ein neues Gesetz zur Förderung der

Teilhabe von Migrantinnen und Migranten auf den Weg bringen, die Finanzierung der Freien Wohlfahrtspflege zukunfts- fest aufstellen und den Kinderschutz verbessern.

- Wir wollen, dass Niedersachsen ein starker **Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsplätzen** bleibt. Dazu gehören Maßnahmen zur regionalen Fachkräftesicherung, die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers und innovative Konzepte in der Verkehrspolitik, wie z.B. eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Wir haben das Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen eine klimagerechte Mobilität zu ermöglichen und die Infrastruktur aller Verkehrsträger zu optimieren und zu vernetzen. Mit einem neuen Hafenkonzept wollen wir die Kooperationen und Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen weiter verbessern.
- Wir werden uns dafür engagieren, dass die so genannte **atypische Beschäftigung**, also Leihar-

beit und Werkverträge außerhalb der Norm, weiter abgebaut wird, weil wir für Gute Arbeit stehen.

- Wir verbessern die **Sicherheit in unserem Land**, indem wir die konkreten Herausforderungen der Polizei durch den demografischen Wandel anpacken und den Verfassungsschutz reformieren.
- Wir arbeiten weiter an **modernen Rahmenbedingungen für unsere Kommunen** und werden das Personalvertretungsgesetz (NPersVG) sowie das Kommunalverfassungsgesetz (NKom-VG) reformieren, um Arbeitnehmerrechte und

demokratische Strukturen in den Kommunen zu stärken.

- Wir novellieren das Krankenhausgesetz und werden **Patientenrechte** sowie die Krankenhausplanung verbessern.
- Wir wollen eine unabhängige Institution, die demokratische Grundwerte vermittelt und zielgruppengerecht aufarbeitet. Wir wollen eine **Landeszentrale für politische Bildung**.
- Wir schaffen die **Schuldenbremse** und werden spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. ■



Feierten dieses Jahr zusammen das rot-grüne Sommerfest: Umweltminister Stefan Wenzel (Bündnis90/DieGrünen), Fraktionsvorsitzende Johanne Modder (SPD), Fraktionsvorsitzende Anja Piel (Bündnis90/DieGrünen), Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Foto: Jungbluth

Impressum
Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Frank Jungbluth, Nelly Schmitt, Clemens Wirries, Sebastian Zinke
Redaktionsschluss: 27. August 2015
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@LT.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
 www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de